

Fragen

für die Fragestunde der 75. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Dezember 2022

Verzeichnis der Fragenden

| <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> |
|--|-----------------------------|--------------------------------|-----------------------------|
| Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 7, 8 | Krings, Günter, Dr. (CDU/CSU) | 4, 37 |
| Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.) | 14 | Lay, Caren (DIE LINKE.) | 25 |
| Brandner, Stephan (AfD) | 2, 3 | Lindholz, Andrea (CDU/CSU) | 35 |
| Bünger, Clara (DIE LINKE.) | 33, 34 | Meiser, Pascal (DIE LINKE.) | 27 |
| Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) | 38 | Pellmann, Sören (DIE LINKE.) | 16, 17 |
| Ferschl, Susanne (DIE LINKE.) | 12 | Peterka, Tobias Matthias (AfD) | 1, 11 |
| Görke, Christian (DIE LINKE.) | 29, 30 | Pilsinger, Stephan (CDU/CSU) | 20, 21 |
| Gohlke, Nicole (DIE LINKE.) | 28 | Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU) | 5, 6 |
| Gramling, Fabian (CDU/CSU) | 24, 26 | Renner, Martina (DIE LINKE.) | 10, 36 |
| Gürpınar, Ates (DIE LINKE.) | 22, 23 | Schattner, Bernd (AfD) | 15 |
| Hunko, Andrej (DIE LINKE.) | 13, 32 | Seitz, Thomas (AfD) | 18 |
| Kraft, Rainer, Dr. (AfD) | 9, 31 | Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) | 19 |

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

| | <i>Seite</i> |
|--|--------------|
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales..... | 5 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft | 6 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit | 6 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz..... | 8 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen..... | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz..... | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen | 10 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat .. | 11 |
| Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes..... | 12 |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Wie sehen die aktuellen Pläne des Bundesministers der Justiz hinsichtlich der Reformbestrebungen der Ersatzfreiheitsstrafe konkret aus, und wie wird in diesem Zusammenhang ihre gänzliche Abschaffung bewertet (vgl. www.rnd.de/politik/marco-buschmann-justizminister-will-weniger-menschen-ins-gefaengnis-stecken-M46TOMLXCRDTZI2MHBMHMD2LZPA.html und www.sueddeutsche.de/politik/ersatzfreiheitsstrafen-fdp-spd-1.5700350, jeweils zuletzt abgerufen am 30. November 2022)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Inwieweit wird nach Ansicht der Bundesregierung die geplante Verkürzung der Ersatzfreiheitsstrafen (www.swr.de/swr1/kuerzer-in-den-knast-bundesjustizminister-buschmann-will-ersatzfreiheitsstrafen-halbieren-100.html) dazu führen, dass die abschreckende Wirkung, die von diesen Strafen ausgehen sollte, verloren geht?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Welche Schlussfolgerungen zieht der Bundesjustizminister aus der aufgekommenen Forderung nach der Absenkung der Strafmündigkeit (www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Frueher-straemuendig-Junge-Liberale-kritisieren-Althusmann,straemuendigkei100.html; die Antwort bitte begründen)?
4. Abgeordneter
Dr. Günter Krings
(CDU/CSU)

Was hat die vom Bundesjustizminister angekündigte Prüfung der Frage, ob hinsichtlich der Straftaten der sogenannten Klimaaktivisten der rechtliche Rahmen ausreicht bzw. ob ein gesetzliches Defizit besteht, ergeben?
5. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen kommt die vom Bundesminister der Justiz, Dr. Marco Buschmann, angekündigte Prüfung, ob angesichts der Aktionen von Straßen- und Flughafenblockierern sowie Museumsrandalierern Lücken im Strafrecht gegeben sind, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Umständen, dass Straßen- und Flughafenblockierern nach dem geltenden Strafrecht „keine harten Strafen“ drohen und dass sie insbesondere nicht wegen eines gefährlichen Eingriffs in den Straßen- oder Luftverkehr (§ 315 StGB) belangt werden können (DIE WELT vom 28. November 2022: „Flughafen-Blockierern drohen keine harten Strafen“)?

6. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung mehr als ein Jahr nach ihrer Wahl immer noch keinen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG vorgelegt, und welche Konsequenzen drohen Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung aufgrund der absehbaren Nichteinhaltung der Umsetzungsfrist bis zum 25. Dezember 2022?
7. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erwägt die Bundesregierung im Hinblick auf eine mögliche Abschreckungswirkung der Vorschlagslisten für Schöffen, die eine große Zahl an personenbezogenen Daten enthalten und zu jedermanns Einsicht ausliegen, eine Änderung des § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes?
8. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu dem Beschluss der Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom 10. November 2022 (www.justiz.nrw/JM/jumiko/beschluesse/2022/Herbstkonferenz_2022/TOP-I_19---Extremisten.pdf), in dem u. a. gefordert wird, die Fristen für die Verfolgung von Verstößen gegen das Mäßigungsgebot (§ 60 Absatz 2 des Bundesbeamtengesetzes (BBG), § 33 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG)) oder die Verpflichtung zur Verfassungstreue (§ 60 Absatz 1 Satz 3 BBG, § 33 Absatz 1 Satz 3 BeamStG) zu verlängern und § 35 des Deutschen Richtergesetzes um die Möglichkeit der Kürzung der Dienstbezüge zu erweitern?
9. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche und wie viele verwaltungsgerichtliche Verfahren werden nach Kenntnis der Bundesregierung durch das Gesetz zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich und das darin enthaltene Vorrang- und Beschleunigungsgebot hauptsächlich zurückgestellt werden müssen (www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Beschleunigung_verwaltungsgerichtliche_Verfahren.html?nn=6705022)?
10. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welchem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität ist das Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof gegen die „Patriotische Union“ zugeordnet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

11. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wie bewertet der Bundesminister für Arbeit und Soziales den aktuell erneuten rasanten Anstieg an Tafelbesuchern, und mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, den Tafel Deutschland e.V. in naher Zukunft zu unterstützen (vgl. <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2022/tafeln-in-bawue/>, zuletzt abgerufen am 30. November 2022)?
12. Abgeordnete
Susanne Ferschl
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung angesichts der Ergebnisse der Evaluation des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (Ausschussdrucksache 20(11)209 des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages), die feststellt, dass das Gesetz in seiner derzeitigen Form sowohl bei der zeitlichen Begrenzung der Leiharbeit (Stichwort Höchstüberlassungsdauer) als auch bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt (Stichwort Sprungbretteffekt) und bei der Gleichstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern beim Entgelt (Stichwort Equal Pay) die Ziele der Novelle von 2017 klar verfehlt, eine Überarbeitung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (bitte begründen)?
13. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den deutsch-spanischen Vertrag vom 29. Mai 1962, auf dessen Grundlage ehemalige Nazi-Kollaborateure der „Blauen Division“ aus Spanien (vgl. meine Mündliche Frage 64, Plenarprotokoll 19/223, meine Schriftliche Frage 111 auf Bundestagsdrucksache 18/27531 sowie Bundestagsdrucksache 18/6541) Versorgungszahlungen erhalten bzw. erhielten, zu kündigen, und wenn nein, warum hält sie auch heute noch daran fest, Menschen Versorgungsleistungen zu zahlen, die sich aus deren individueller Entscheidung zur militärischen Unterstützung des Hitler-Regimes im Vernichtungsfeldzug in Osteuropa herleiten?

14. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Was hat die in den FAQs des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Energiepreispause (EPP) für Renten- und Versorgungsbeziehende angekündigte Prüfung ergeben, welche Personengruppen (insbesondere Beziehende von Übergangsgeld oder Vorruhestandsgeld) noch keine Energiepreispause oder sonstige Einmalzahlung erhalten haben und inwieweit ein Nachteil für diese Personengruppen ausgeglichen werden kann (www.bmas.de/DE/Service/Presse/Meldungen/2022/entlastung-fuer-bezieher-von-renten-was-gilt.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

15. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Ernteverluste der Landwirte in den bereits vorhandenen und den zusätzlich zum 1. Dezember 2022 ausgewiesenen „Roten Gebieten“ für die Landwirte und für die Verbraucher auszugleichen (www.agrarheute.com/politik/brandenburg-neue-duengeverordnung-verdreifacht-rot-gebiete-600870)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

16. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- Inwiefern ist es der Bundesregierung im Rahmen des abgeschlossenen Rahmenvertrages mit der Agentur Scholz & Friends möglich, einen Unterauftrag zur Corona-Kampagne an die Agentur brinkertlück zu erteilen (vgl. www.kom.de/medien/lauterbach-ministerium-verliert-sich-in-intransparenz/)?

17. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- Wurde durch die Bundesregierung eine öffentliche Vergabe im Rahmen der durch die Agentur brinkertlück erstellten Corona-Kampagne durchgeführt (bitte den konkreten Beginn der Ausschreibung nennen), wenn ja, warum hatte die bisher mit den Corona-Kampagnen vertraute Agentur Scholz & Friends keinerlei Kenntnis von einer Untervergabe, und wenn nein, auf welcher rechtlichen Grundlage war es möglich, eine direkte Vergabe ohne Kenntnis der Agentur Scholz & Friends unter Einhaltung der Wertgrenzen durchzuführen (vgl. www.kom.de/medien/lauterbach-ministerium-verliert-sich-in-intransparenz/)?
18. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wie erklärt das Bundesministerium für Gesundheit die Tatsache, dass eine nach dem „gleichen Prinzip“ entwickelte Nachverfolgungs-App wie z. B. die finnische „Koronavilkku“ bei unter 6 oder die niederländische „CoronaMelder“-App 5 Mio. Euro Entwicklungskosten laut einem Artikel der Zeitung „DIE WELT“ (www.welt.de/politik/deutschland/article242462401/Corona-Warn-App-Kosten-steigen-auf-mehr-als-220-Millionen-Euro.html?icid=search.product.onsitesearch) liegt, in Deutschland aber die Gesamtkosten für die „Corona-Warn-App“ mittlerweile auf „rund 220 Millionen Euro“ beziffert werden?
19. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sind die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarten Pläne zur Einführung eines Härtefallfonds im Zusammenhang mit Behandlungsfehlern auf dem Wege zu einer gesetzlichen Regelung, und plant die Bundesregierung, um die Stellung der Patientinnen und Patienten bei Behandlungsfehlern zu stärken, weitere Maßnahmen wie zum Beispiel die Einführung von Beweiserleichterungen bzw. einer Beweislastumkehr?
20. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie hat sich nach Kenntnissen der Bundesregierung die Zahl der stationären Einweisungen von am RS-Virus (Respiratory Syncytial Virus) erkrankten Säuglingen und Kindern vom 1. November bis zum 9. Dezember 2022 (bitte aufschlüsseln nach Einweisungen pro Kalenderwoche) entwickelt, und welche kurzfristigen Maßnahmen will die Bundesregierung – neben der angekündigten Umschichtung von Pflegepersonal von Normalstationen auf Pädiatriestationen – ergreifen, um jeden Säugling und jedes Kind bestmöglich behandeln zu können?

21. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Hatten Vertreter der Bundesregierung im Zeitraum vom 1. September bis zum 9. Dezember 2022 Termine mit Vertretern der Europäischen Kommission zum Thema Legalisierung von Cannabis, und wenn ja, welche Gespräche (persönlich, telefonisch, digital) hatten Vertreter der Bundesregierung dazu in diesem Zeitraum geführt (bitte aufschlüsseln nach Gesprächspartnern und Datum)?
22. Abgeordneter
Ates Gürpinar
(DIE LINKE.)
- Welche Bedeutung hatte die von mehr als 1,6 Millionen Menschen unterzeichnete Petition „Keine Streichung der Hebammen aus dem Pflegebudget ab 2025!“ (www.change.org/p/keine-streichung-der-hebammen-aus-dem-pflegebudget-ab-2025-karl-lauterbach) für die vom Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach erstmalig am 9. November 2022 gegenüber der „Rheinischen Post“ geäußerte und im Rahmen eines Änderungsantrags zum Krankenhauspflegeentlastungsgesetz umgesetzte Entscheidung, Hebammen in Krankenhäusern ab 2025 nicht mehr über die Fallpauschalen, sondern über das Pflegebudget zu finanzieren, und wie hat sich die Bundesregierung hierzu gegenüber der Petentin und den Unterzeichnenden geäußert?
23. Abgeordneter
Ates Gürpinar
(DIE LINKE.)
- Wann wurde im Bundesgesundheitsministerium erstmalig die in einem Änderungsantrag zum Krankenhauspflegeentlastungsgesetz vorgenommene Ergänzung zu § 137i Absatz 3 Satz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch aufgegriffen und auf wessen Initiative?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

24. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Wiederverwertung von Bodenaushub und Bauschutt regional zu vereinfachen und damit die Abfallmengen, den Bedarf an neuen Deponien sowie den damit verbundenen Straßenverkehr zu reduzieren, wenn ja, wann, und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

25. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wie viele bewilligte Anträge zum Baukindergeld liegen vor, deren Zuschüsse noch nicht abgerufen sind, und welche Fördermittel können Familien erhalten, die aufgrund der verkürzten Frist zum Bezug der neuen Immobilien von Ende 2023 auf Ende 2022 das von ihnen fest eingeplante Baukindergeld nicht erhalten werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

26. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Wie viele Anträge auf eine finanzielle Unterstützung aus dem Energiekostendämpfungsprogramm wurden bis jetzt gestellt und bewilligt (bitte die Anzahl der gestellten, der bewilligten Anträge und die Fördersumme für Deutschland insgesamt, für Baden-Württemberg sowie jeweils für die Landkreise Ludwigsburg und Heilbronn angeben)?
27. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wie viele Unternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, die im Mehrheitseigentum einer gelisteten Person gemäß dem Beschluss 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen – des Rates der Europäischen Union – stehen, sind der Bundesregierung mit Verweis auf ihre Antwort auf meine Schriftliche Frage 9 vom November 2022 auf Bundestagsdrucksache 20/4776 bekannt, und wie viele dieser Unternehmen sind bisher durch die zuständigen Behörden kontrolliert worden, um Zahlungen oder Lieferungen an ihre gelisteten Eigentümer, auch über Dritte, zu unterbinden (bitte differenzieren nach Anzahl der kontrollierten Unternehmen sowie bisher festgestellten Verstößen)?

28. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung dem Unternehmen RWE im Gegenzug zur Bereitschaft zum vorzeitigen Kohleausstieg 2030 den Bau und den Betrieb von drei neuen Gaskraftwerken zugesichert hat, und wenn ja, in welcher Höhe wird der Bund diese neuen Gaskraftwerke fördern (www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/221004-Eckpunkt Papier-RWE-Kohleausstieg.html)?
29. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen kompensiert die Bundesregierung den vorzeitigen Kohleausstieg im Rheinischen Revier mit dem Bau von neuen Gaskraftwerken statt wie in der Lausitz die Strom- und Energieversorgung im Zuge des Kohleausstiegs durch den Ausbau von erneuerbaren Energien sicherzustellen, und wie schätzt die Bundesregierung angesichts der Gaspreise und des Merit-Order-Prinzips am Strommarkt langfristig die Auswirkungen der neuen Gaskraftwerke auf die Strompreise ein (www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/221004-Eckpunkt Papier-RWE-Kohleausstieg.html; www.zeit.de/wirtschaft/2022-08/strompreis-energiekrise-gas-mechanismus)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

30. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie viele auf der EU-Sanktionsliste stehende Oligarchen sind bisher der Anzeigepflicht aus dem Sanktionsdurchsetzungsgesetz I nachgekommen (bitte unter Angabe der angezeigten Vermögenshöhe auflisten), und wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die bisher in Deutschland eingefrorenen Vermögenswerte aller sanktionierten Oligarchen (bitte nach Geldvermögen, Betriebsvermögen und Sachvermögen differenzieren)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

31. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wurde die Presse nach Kenntnis der Bundesregierung vorab über die Operation „Kangal“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz beziehungsweise über die Operation „Schatten“ des Bundeskriminalamtes informiert (www.tagesschau.de/investigativ/razzia-reichsbuerger-staatsstreich-101.html), und wenn ja, durch wen und zu welchem Zeitpunkt?
32. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was weiß die Bundesregierung über die Gründe, das erweiterte SIS-System (SIS 3.0) nicht wie ursprünglich vorgesehen am 22. November 2023 in Betrieb zu nehmen, sondern dies nunmehr auf den 7. März 2022 zu terminieren (vgl. www.cilip.de/2022/11/21/schengener-informationssystem-verfassungsschutz-mit-erweiterter-fahndungsbefugnis sowie www.consilium.europa.eu/de/policies/it-systems-security-justice), und welche weiteren Probleme sind der Bundesregierung zum SIS 3.0 bekannt?
33. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Was kann die Bundesregierung zu Einzelheiten des kürzlich von der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock unterzeichneten deutsch-indischen Migrations- und Mobilitätsabkommens – insbesondere hinsichtlich der Verfahren zur Identifizierung und Rückführung ausreisepflichtiger indischer Staatsangehöriger – mitteilen (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/12/abkommen-indien.html), und wie viele ausreisepflichtige indische Staatsangehörige halten sich derzeit in Deutschland auf (bitte zwischen Personen mit und ohne Duldung differenzieren und die Angaben zu den Geduldeten zusätzlich nach Duldungsgründen und Duldungszeiten aufschlüsseln – mehr als 1 Jahr, mehr als 2 Jahre, mehr als 3 Jahre, mehr als 5 Jahre)?

34. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Warum haben die Bundespolizei und nach Kenntnis der Bundesregierung die Stadt Viersen am 8. November 2022 die laufende Abschiebung eines schwer psychisch erkrankten, suizidgefährdeten und unter gesetzlicher Betreuung stehenden Mannes in die Demokratische Republik Kongo nicht abgebrochen und/oder den Betroffenen nach der Zwischenlandung in Brüssel, Zypern oder nach der Landung in Kinshasa wieder nach Deutschland zurückverbracht, obwohl das Verwaltungsgericht Düsseldorf einem Bericht von Abschiebungsreporting NRW zufolge per Gerichtsbeschluss am selben Tag die Abschiebung des Mannes untersagt und angeordnet haben soll, „die bereits laufende Maßnahme abzubrechen“ (www.abschiebungsreporting.de/kreis-viersen-und-bundespolizei-widersetzen-sich-gerichtlichem-beschluss-zum-abbruch-der-abschiebung-eines-schwer-erkrankten/), und welche allgemeinen Regeln und internen Vorgaben gibt es bei der Bundespolizei zum Umgang mit gerichtlichen Eilbeschlüssen bei laufender Abschiebung und zur Sicherstellung der Erreichbarkeit der begleitenden Beamtinnen und Beamten in solchen Fällen?
35. Abgeordnete
Andrea Lindholz
(CDU/CSU)
- Gab es Verdachtsfälle rassistischen Handelns in den letzten zehn Jahren bei der Bundespolizei, und falls ja, wie viele und mit welchen Konsequenzen?
36. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Befanden sich nach Kenntnis der Bundesregierung unter den am 7. Dezember 2022 im Rahmen der bundesweiten Exekutivmaßnahmen eingesetzten Polizeibeamten des Spezialeinsatzkommandos (SEK) oder des Mobilien Einsatzkommandos (MEK) auch solche, gegen die straf- oder disziplinarrechtlich wegen der Beteiligung an Chatgruppen mit volksverhetzenden bzw. menschen- oder verfassungsfeindlichen Inhalten ermittelt wurde oder wird, und wenn ja, wie viele?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

37. Abgeordneter
Dr. Günter Krings
(CDU/CSU)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zur Einrichtung eines Sondertribunals im Hinblick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine?

38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnisse, dass nach Inkrafttreten des von der EU, der G7 und Australien beschlossenen Ölpreisdeckels am 5. Dezember 2022 von der Türkei Tanker, die unter anderem griechischen Reedereien gehören, mangels geeigneter Versicherungsnachweise – die nach meiner Kenntnis weit über die bisherigen EU-Anforderungen hinausgehen sollen – an der Durchquerung des Bosphorus gehindert werden sollen (www.merkur.de/politik/preisobergrenze-russland-oel-tuerkei-bosporus-westen-usa-eu-staukasachstan-oeltanker-ukraine-91964930.html), während von russischen Versicherungsgesellschaften für russische und türkische Tanker ausgestellte Versicherungen seitens der Türkei akzeptiert werden, und inwiefern sind nach Kenntnissen der Bundesregierung seitens der EU, der G7 und Australien mögliche Entschädigungszahlungen für Ausfälle europäischer Schifffahrtsunternehmen und Schiffversicherer geplant?

